

Landeszeitung für die Provinz Sachsen.

1921 Nr. 352

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 214

Bezugspreis: Die viertel und anderwärts monatlich Mk. 1.40, vierteljährlich Mk. 3.20 mit Porto. Durch die Post bezogen monatlich postals. Zahlbetrag. Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Central 7801. Eröffnung von 7 Uhr an Redaktion 6000 und 6610. — Postfach: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Donnerstag, 4. August

Anzeigenpreis: Die 6 Spalten, 24 mm breite, 1 mm-Gebühren 0.04. Die 24 Spalten, 30 mm breite, 1 mm-Gebühren 0.04. Rabatt nach 2000. Eröffnungspost Halle-Saale. Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Zini Hauptstadt Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Uebelt, Halle-Saale

Die Haltung der Engländer

w. London, 3. August.

„Daily Chronicle“ berichtet: Am Sonnabend findet eine Sitzung des Kabinetts statt, um über die Haltung Großbritannien in den Fragen, die auf der Konferenz des Obersten Rates zur Verhandlung kommen zu beschließen. Lord George und Curzon fahren am Montag vormittag nach Paris ab.

Die diplomatische Vertreter der „Daily Chronicle“ sagen, finden wahrscheinlich am Montag die beschleunigten Erörterungen der Alliierten und der Finanzminister der Konferenz des Obersten Rates zusammenkommen, betreffend die Frage der deutschen Reparationen und anderer Fragen. Auf britischer Seite nehmen Robert Curzon und mehrere Vertreter des britischen Kabinetts teil.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: In ein schärfer Obenaustrausch über das Programm der vorliegenden Pariser Konferenz des Obersten Rates statt. England hoffe, daß die Konferenz nicht lange währen möchte. Es würde einen baldigen Abschluß dadurch ermöglichen, daß die Briten den Kauf der Reparationen nicht werden, die auch ohne weitere Verzögerung erfüllt werden müssen. Unter diesen Fragen befindet sich die oberste Frage, die Frage der Reparationen am Rhein, der Kriegsschuldigen und die Frage bezüglich der Wahrung der deutschen Verpflichtungen. Diese Verpflichtungen der italienischen Schuldverpflichtungen über wenig Aussicht zu bestehen, daß der Ausbruch der Italiener und Schuldverpflichtungen zu einer Einigung gelangt. Die Verpflichtungen über die Aufsicht, daß der Oberste Rat nicht in der Lage sei, eine konkrete Lösung der Grenzfrage zu finden, und sich mit Maßnahmen zur Befriedigung der Ordnung werde begnügen müssen, was die Entsendung von alliierten Verbänden nach Oberösterreich gegen Wien oder auch nicht.

„Daily Telegraph“ zufolge ist man jedoch in britischen Kreisen enttäuscht, daß die oberste Frage in der Konferenz nicht zu einer Einigung kommen soll. Die gleiche Ansicht herrscht bei den Alliierten in den Vereinigten Staaten. Die Engländer sind der Meinung, daß eine neue Garantiekommision, der einige Alliierte die Frage der Reparationen überweisen wollen, nicht befugt sein kann, Maßnahmen zu großer militärischer und wirtschaftlicher Wichtigkeit zu ergreifen, die die Alliierten getroffen werden müssen. In einigen Kreisen besteht auch „Telegraph“ die Meinung, daß die Konferenz in der Frage der Reparationen, indem die Befragung der Alliierten aufrechterhalten, dagegen die finanzielle Lage auszuheben werden, bzw. daß Frankreich und nicht auf die Alliierten zu bestehen, die Kriegsschuldigen nicht auszuheben.

Die „Times“ mit in ihrem Leitartikel der bevorstehenden Pariser Konferenz ungewöhnliche Bedeutung bei. Das Blatt schreibt, die Zeit für sehr ernste Besprechungen der internationalen Politik der Alliierten sei gekommen. Man hat die Alliierten in den letzten Monaten in der Konferenz im gegenwärtigen Augenblick nicht bereit seien, eine gründliche Erörterung vorzunehmen. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die Konferenz nur zusammengehaltene Ergebnisse erzielen werde, und daß die dringenden Schwierigkeiten der Fragen in Aufsicht der Alliierten werden. In anderer Stelle erklärt das Blatt, die Berichte aus Oberösterreich über letztere Kämpfe, und ein französischer Soldat verunruhigt werden sei, seien ein Zeichen der in Oberösterreich bestehenden Gefahr und ein Zeichen dafür, daß die angrenzlichen Gebiete an der Grenze zu Österreich gefährdet sind.

Die „Manchester Guardian“ berichtet, auf seinen der französischen Sachverständigen wurde sich das Bedauern bemerkbar, in Oberösterreich nicht nur die Alliierten, sondern auch die deutschen Interessen zu gefährden. Paris eigene bereit, die Verdrängung dessen anzuerkennen, was London schon vor vielen Wochen vorgeschlagen habe, nämlich daß die unannehmbar deutsche Gebiete sofort Deutschland und die unbestimmten Gebiete polnische Besitzteile Polen zugewiesen werden sollten. Das Blatt meinte, es würde sich Gefahr, daß bei einem solchen Beschluß die Franzosen auf einem zeitweiligen Regime des Anstufungsgebietes nach Art des Saarregimes bestehen werden. Die Engländer seien aber gegen die Abhaltung einer neuen Abmachung in einigen Jahren. Die britische Regierung werde Deutschland bereitbringen, daß bei gesamte oberste Problem in der nächsten Woche geregelt wird.

Auf der bevorstehenden Pariser Konferenz, so schreibt „Wall Mail“ und „Globe“, müsse hinter den Jähren vollkommene Klarheit gemacht werden, daß wenn sich Frankreich in den politischen Entscheidungs und der Politik der Alliierten gegen Deutschland bereitbringen wollen, Frankreich das Risiko auf seine eigenen Schultern nehmen müsse, daß ihm nicht geteilt werden, England gegenüber in ein solches Unternehmen mit hineinziehen. Europa würde vor allen Dingen Frieden und wirtschaftliche Tätigkeit haben, welche die diese Ziele werden, um selbst darüber hinaus zu gehen, sollte die gesamte Sache im Licht.

wolle zu einer gerechten, gefunden und bauernden Lösung der gesamten Frage im Verlehen des Beschlusses der Konferenz gelangen. Die „Times“ schreibt: Sie könne selber nicht annehmen, daß die Festsetzung des Tages der Zusammenkunft des Obersten Rates das Ende der Meinungsverschiedenheiten der Alliierten in der überaus wichtigen oberste Frage bedeute. Die Gründe, die bisher gegen die Festsetzung vorgewandt worden seien, seien ungeschlüssig in weiser Hinsicht auf die Frage zurückzuführen, daß diese Meinungsverschiedenheiten am Konferenztage zum Ausdruck kommen könnten. Es sei jedoch wesentlich, daß der Oberste Rat nicht auszuweichen, ohne die Frage endgültig entschieden zu haben. Der Konflikt in Oberösterreich habe den Frieden Europas jetzt in Zukunft. Der Ausbruch der italienischen Bevölkerung müsse von den Alliierten angenommen werden.

Frankreich in Verlegenheit

„Journal des Debats“ bepricht in seinem Leitartikel die Frage der oberste Grenzzugriffung. Unter Hinweis auf die Entscheidung des Sachverständigenausschusses sagt das Blatt, Frankreich sei nicht in der Lage, für sich allein eine Entscheidung zu treffen. Es müsse im Auge fassen, was sich in den drei Monaten abgehe, um sicher zu sein, daß Großbritannien bis zum Schluß den Plan Levoand zurückweisen werde. Frankreich könne um keinen Preis die Bildung der Marins und Deutschen annehmen, die heißt unbillig in gewissem Maße Deutschland für den Ausbruch der italienischen Verlehen. Wenn man beiderseitig unangenehm bleibe, könne kein Abkommen geschlossen werden. Dann sei man genötigt, um dem diktorischen Vorschlag der Briten und Italiener in Belgien zu greifen, d. h. über den Polen und den Deutschen die nichtunterworfenen Gebiete zu übermitteln, und während mehrerer Jahre das Industriegebiet unter der Verwaltung der internationalen Kommission und unter dem Schutze eines Besatzungsheeres zu belassen. Das sei von allen Lösungen die schlimmste.

Schließlich tritt „Journal des Debats“ für eine vorübergehende Lösung ein, d. h. für eine Teilung des Anstufungsgebietes, als deren Grundlage man den Vorschlag des Grafen Sforza nehmen könne, allerdings, in dem man die angrenzenden Gebiete verleihe.

„Reit Parisien“ glaubt, daß General Levoand, wenn er am 3. Obersten Rate geht, würde, die Notwendigkeit von Truppenverpflichtungen betonen werde. Die auch die Entscheidung über die zukünftige deutsch-polnische Grenze ausfallen werde, auf deutscher oder polnischer Seite, die die Angelegenheit in Frage stellen könnten, wenn diese nicht verläßt würden. Noch würde jedenfalls vom Obersten Rate geht werden. Von ihm wird ein Minimum der Entsendung eine Division zur Verstärkung bezeichnet, die an Ort und Stelle angekommen sei, bevor der Oberste Rat in der Grenzfrage endgültig entschieden habe.

Die Beschlagnahme der Donauflotte

Der Schiedsrichter für die in den Friedensverträgen erwähnten internationalen Fragen der Schifffahrt, Wolfer D. Sines, hat die Entscheidung in der Frage der Donauflotte, die ihm auf Grund der Bestimmungen der Friedensverträge mit Deutschland, Österreich-Ungarn und Bulgarien vorgelegt wurden, bekanntgegeben. Eine der am meisten umstrittenen Fragen war die, zu wissen, ob die gegen Ende des Krieges von Serbien, Rumänien und Frankreich vorgenommene Beschlagnahme von 600 000 Tonnen Raubraum und anderen Schiffen gültig sei. Seit alle diese Schiffe wurden von der österreichischen Regierung für militärische Zwecke benutzt. Der Schiedsrichter ist der Ansicht, daß sie nicht als Privatigentum betrachtet und nicht von der Beschlagnahme auf Grund der Bestimmungen des internationalen Rechts befreit werden könne, die von Privatigentümern vorbehalten. Infolgedessen besteht der Schiedsrichter auf der Gültigkeit der Beschlagnahme und gewährt Serbien, Rumänien und Frankreich das Eigentumsrecht an den fraglichen Schiffen. Einige Schiffe, die von Privatigentümern benutzt werden, werden diesen zurückgegeben. Der Schiedsrichter ist der Ansicht, daß der Bedarf Südbalans und Rumaniens vollkommen durch die gegenwärtig in ihrem Besitz befindlichen Flotte und durch die neue Beschaffung, deren Gültigkeit er bestätigt hat, gedeckt ist. Er ist der Ansicht, daß Österreich einige Rumpfschiffe abgeben soll, daß Deutschland, Österreich-Ungarn und außerdem der Tschekoslowakei in einem bestimmten Verhältnis 70000 Tonnen Raubraum und 450 Schleppler für den Warenverkehr abtreten sollen. Sines führt in Wien am 27. August den Vorfall in einer Sitzung, worin die den Privatigentümern von den Empfängerstaaten zu zahlenden Entschädigungen gemäß dem Friedensverträge mit Österreich-Ungarn festgestellt werden.

Die wirtschaftliche Lage Lettlands

Aus Riga wird geschrieben: Das Ringen der Kreditbanken um ihre politische Selbständigkeit kann vorläufig als beendet angesehen werden, die maßgebenden europäischen Staaten haben sie mit geringen Ausnahmen nicht nur der facto, sondern auch de jure anerkannt. Nun steht aber vor den Staaten die festgesetzte leichtere Aufgabe, die politische Selbständigkeit durch Festigung der inneren Wirtschaft zu sichern und ihr dadurch das zu notwendige Kapital im Verkehr mit dem Auslande zu beschaffen. Dies um so mehr, als feiner der neuen Staaten ein einträgliches Wirtschaftsgelände in sich darstellt, das alles für den eigenen Verbrauch selbst herstellen kann, sondern mehr als je ein Export auf Einfuhr und damit auf den Außenhandel angewiesen ist. Und Lettland ist von diesen Sorgen keineswegs befreit geblieben, wenn sie sich auch nicht in solcher katastrophalen Weise geltend gemacht haben wie a. B. in Polen. Immer wieder, auch in Lettland, kommt die alte Weisheit zur Veranschaulichung, daß ein von seiner politischen Leidenschaft getragener Volkshäufner zwar ein guter Patriot, nicht immer aber ein weislicherer Staatsmann, noch viel seltener ein guter Volkswirt sein muß. Und unter diesem Zwiespalt der demagogischen Politik der Konfessionen tritt auch bisher die Wirtschaft Lettlands. Nach wie vor steht sie in dem Zeichen der „Agrarreform“, die nahezu die Hälfte des anbaufähigen Landes und der Forsten der rationalen Bewirtschaftung entzog und das Land, das gepflügt Agrarland sein soll, auf Getreideeinfluß angewiesen sein läßt.

Der Versuch, die Agrarreform auf Druck des Auslandes hin einer gewissen Revision zu unterziehen, löstete dem Ministerium Umanns das Leben, und das inangewiesene vier Wochen alt gewordene Ministerium Mierowicz, das eine breite Mittelkassation gegen Großgrundbesitzer und Kommunismus aufgebracht hat, wird sich auch dieses schwierige Problem etwa ändern bekranken zu wollen. Der Landbauverfallungskommission ist es bisher nur gelungen, etwa 20 v. S. des enteigneten Landes anzuteilen, wobei noch berücksichtigt werden muß, daß die neuen Gebiete oder Bauern keineswegs über Mittel verfügen, sich Gebote aufzubauen, Saatgetreide, Betriebsmittel, Zugvieh usw. anzuschaffen, so daß auch hier der Staat helfen eingreifen muß, ohne indessen wieder über ausreichende Mittel zu verfügen, den umfangreichen Kreditansprüchen gerecht zu werden. Unter diesen Umständen ergeben sich für die Einfuhr und Ausfuhr von Lebensmitteln während der Monate Januar bis April einschneidend folgende, für ein Agrarland forderbare Zahlen:

Einfuhr von Lebensmitteln, Vieh usw.: 1103 298 Tsd im Werte von 524 571 807 Lettischen Rubeln, der eine Lebensmittelzufuhr von nur 10 062 im Werte von 5 724 360 Lett. Rubeln gegenüberstellt. In der genannten Einfuhrzahl nimmt neben den höchsten Lebensmittelarten den größten Raum ein, und zwar nicht nur Getreide, sondern auch Roggenmehl, das in der Vorkriegszeit häufig in größeren Mengen auszuführen wurde. Die Einfuhr von Lebensmitteln beträgt die Hälfte der Gesamteinfuhr der Monate Januar bis April des laufenden Jahres. Die Gesamteinfuhr betrug: 2 230 367 Tsd im Werte von 1 202 372 000 Lett. Rubeln. Dagegen steht eine Ausfuhr von 2 178 402 Tsd oder nur im Werte von 248 077 000 Lett. Rubeln. Die Hauptmengen der Ausfuhr betreffen Holz und Fisch. Dem Werte nach übersteigt die Einfuhr der ersten vier Monate des laufenden Jahres die Ausfuhr um 1 954 295 000 Lett. Rubeln. Für die letzte aufgerechnete Zeit bleibt eine starke positive Handelsbilanz bestehen. In dem Zeitraum vom 1. bis 20. Juni wurde eingeführt für 401 800 000 Lett. Rubel, ausgeführt für nur 113 966 000. Hierbei ist als Verbraucher und Produzent die Bevölkerung Lettlands mit rund 2 Millionen Einwohnern zu berücksichtigen.

Es ist also kein Wunder, wenn unter dem Druck des Mißverhältnisses zwischen Einfuhr und Ausfuhr, bei der mangelnden Steuerkraft des Landes und der dadurch hervorgerufenen immer neuen Erschöpfung von Geldmitteln und infolge der letzten Endes nirgends fehlenden Spekulation der lettischen Rubel zu sinken anfing. Nach einer gewissen Stabilisierung im Februar d. N. mit 1 Rubel, gleich 3.50 Lett. Rubel (auf dem unter immerwährenden Schwanken bis 7.40 (in einem Tare sogar 8.6) für eine Reichsmark Ende Mai/Anfang Juni).

Das starke Fallen des Rubels von natürlich steigende Teuerung, wachsende Unzufriedenheit im Lande, noch sich. Da die teilweise von ihren Sozialreformbestrebungen gehalten ist, daß die Regierung wenigstens den Plan auf, Holz- und Flachswirtschaft und ihre Ausfuhr gans monopolisieren zu wollen. Die Anträge hierzu brachten dem jungen Staat schwere Verluste. Der festgesetzte geistliche Finanzminister Jurischi mußte gehen. Bei der Auswahl seines Nachfolgers schien das altbewährte englische Prinzip maßgebend worden zu sein, das in dem Finanzminister indirekt den wichtigsten Mann des inneren Kabinetts sieht und ihn auch

